



⇒ Matthias Möhring-Hesse

Die Politische Ökonomie des alltäglichen Kommunismus. Eine Entdeckung für all diejenigen, die es mit öffentlichen Gütern und Daseinsvorsorge zu tun haben

Wenn sich der Rezensent nicht täuscht, richtet sich in den letzten Jahren in Deutschland eine vermehrte Aufmerksamkeit auf Gemeingüter und deren staatliche Gewährleistung. Man reagiert auf Versorgungsdefizite bei den für Menschen unbedingt notwendigen Gütern und Dienstleistungen, dabei auch auf Defizite, die sich durch den Rückzug des Staates im Zuge der in den letzten Jahrzehnten betriebenen Dynamisierungspolitiken ergaben (vgl. Reckwitz 2019, 249f.). Bezogen auf Wohnen, auf Mobilität, auf Gesundheitsleistungen oder auf »saubere Luft« ist man gegenüber allem misstrauisch geworden, was im Rahmen der Dynamisierungspolitiken beworben wurde. Man ist misstrauisch gegenüber Markt und Wettbewerb, gegenüber Eigenverantwortung und individuellem Konsum. Man misstraut zunehmend der Philosophie, dass jede und jeder ihres und seines Glückes Schmied sei, dass man sich nur auf sich selbst verlassen und dass man anderen nicht zur Last fallen dürfe. In den politischen Auseinandersetzungen, zumal in denen »vor Ort«, werden Dinge und Leistungen, z.B. bezahlbarer Wohnraum in den Städten, als öffentliche Angelegenheiten wiederentdeckt, die man in den vergangenen Jahrzehnten zum »Eigenwohl« der um sich selbst besorgten Menschen gemacht hatte. Dinge und Leistungen werden neu zu öffentlichen Angelegenheiten erklärt, bei denen, wie z.B. bei der »sauberen Luft« in den Städten, die gemeinsame Nutzung bislang nicht so recht bewusst gewesen war. In der Covid 19-Pandemie hat sich diese Aufmerksamkeit noch einmal verstärkt: Bemerkte wurden Versorgungsdefizite etwa in der medizinischen Versorgung und in der Pflege – und diese wurden

auf die Fehler »neoliberaler« Modernisierungspolitiken zurückgeführt. Öffentlich wurde und wird die hohe Bedeutung manifest, die die öffentlich bereitgestellten Güter und Dienstleistungen für das alltägliche Leben unter den Be-

Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik, Berlin: Suhrkamp. 263 S., ISBN 978-3-518-12732-2, EUR 18,00.

DOI: 10.18156/eug-2-2020-rez-8

dingungen der Pandemie und für deren gesellschaftliche Bewältigung haben.

Staatliche Institutionen sind von der grassierenden Aufmerksamkeit für all die alten, für die wieder und die neu entdeckten Gemeingüter unmittelbar betroffen: Dass diese Güter und Dienstleistungen in ausreichendem Maße und in der geforderten Qualität zur Verfügung stehen, dafür wird der Staat verantwortlich gemacht. Auch nach Beginn der Pandemie fiel niemandem irgendjemand anderes als der Staat ein, von dem man all die dringend notwendigen Leistungen erwarten kann. Der Staat wird damit in einer Gewährleistungsverantwortung gesehen – und wegen dieser Verantwortung in die Pflicht gerufen, für die Her- und Bereitstellung von Gemeingütern in ausreichendem Umfang und in hinreichender Qualität, mehr noch: für hinreichend große Reserven in Zeiten der »Not« und der Krisen und damit für ein Überangebot in normalen Zeiten zu sorgen. Dabei wird dem Staat genau die Gewährleistungsverantwortung zugeschrieben, auf die er im Rahmen der Dynamisierungspolitiken beschränkt werden sollte. Der Staat sei doch »bloß« in einer Gewährleistungsverantwortung, wurde gesagt. Weil »bloß« ein Gewährleistungsstaat, sollte der Staat Leistungsansprüche aus der Gesellschaft abwehren, sollte sich in seinen Leistungen beschränken, dafür aber gesellschaftliche Ressourcen und die »Eigenverantwortung« der einzelnen umfassend mobilisieren können. Nun aber wendet man sich mit all den alten und neuen öffentlichen Angelegenheiten, wendet man sich in Sachen Wohnen, Gesundheitsleistungen oder »saubere Luft«, medizinische Versorgung und Pflege an staatliche Institutionen, nimmt den Gewährleistungsstaat beim Wort und erwartet von den Kommunen, von den Ländern und vom Bundesstaat, dass sie bestehende Versorgungsdefizite schließen und für die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen sorgen – und bei alledem hohe Qualitäts- und starke Partizipationsansprüche erfüllen.

Die »Politik für öffentliche Güter« erhält mit einer Veröffentlichung des Autorenkollektivs »Foundational Economy Collective« konzeptuelle Unterstützung, die allerdings im Konzept und in den tragenden Begriffen von dem abweicht, wie in den ersten beiden Abschnitten dieser Rezension das Politikfeld vorgestellt wurde. Statt von »Gemeingütern« oder »öffentlichen Gütern«, statt von »Daseinsvorsorge« und »staatlicher Gewährleistung« sprechen die AutorInnen von der »Ökonomie des Alltagslebens« und von öffentlicher Politik. Mit diesen Begriffen entwickeln sie »eine produktivistische Orientierung« – so Wolfgang Streeck in seinem Vorwort (7–30) – auf diejenigen »Güter und Dienst-

leistungen [...], welche die soziale und materielle Infrastruktur des zivilisierten Lebens ausmachen, weil sie allen Haushalten einer Volkswirtschaft unverzichtbare Alltagsgüter zur Verfügung stellen« (35f.). Für diese fundamentalen Güter und Dienstleistungen interessieren sie sich, insofern deren Herstellung und Nutzung einen zumeist »unsichtbaren« Teil der Volkswirtschaften ausmachen. »Unsichtbar« ist diese besondere Ökonomie, weil die Produktion der unverzichtbaren Alltagsgüter nach anderen Spielregeln verläuft, als man sich die gemeinhin für »die Wirtschaft« vorstellt, – zumindest verläuft sie nach anderen Spielregeln, wenn die Alltagsgüter gut und ausreichend hergestellt werden. Mit dem dominanten monolithischen Verständnis von Wirtschaft kommt diese besondere Ökonomie nicht als Ökonomie in den Blick – und dies, obgleich die Produktion der Alltagsgüter einen nennenswerten Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten in einer Volkswirtschaft ausmacht. Dagegen sucht das Autor!nnenkollektiv dieser besonderen, mit der Herstellung der unverzichtbaren Alltagsgüter beschäftigten Ökonomie die Aufmerksamkeit zu besorgen, die ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entspricht. Dazu stellt es Begriffe zur Verfügung, mit denen sie als eine besondere und d.h. von der sichtbaren und bekannten Ökonomie abweichende Ökonomie in den Blick genommen werden kann. Außerdem suchen die Autor!nnen die Besonderheiten dieser Ökonomie gegen ihre Deformation in einem finanzialisierten Kapitalismus zu verteidigen. Dabei sympathisieren sie mit dieser besonderen Ökonomie, die – trotz ihrer Deformationen – besteht, die sie deshalb nicht erfinden, sondern lediglich aus ihrer »Unsichtbarkeit« herausführen und gegen ihre Deformationen verteidigen müssen. Ihre Verteidigung der Fundamentalökonomie erlaubt – so der Anspruch des Autor!nnenkollektivs – eine nicht utopische Antwort auf die Wiederkehr des »Raubritterkapitalismus« und der damit verbundenen Einkommens- und Vermögensungleichheiten; und zwar eine Antwort, die jenseits der individuellen Einkommen und Vermögen liegt. »Angesichts einer deprimierenden Situation in Europa wollen wir Hoffnung wieder möglich machen.« (35)

⇒ Wer schreibt?

Das »Foundational Economy Collective« ist eine interdisziplinäre Gruppe von Wissenschaftler!nnen, vorwiegend aus Großbritannien und Italien. Dabei wurde das Buch nach eigenem Bekunden »von einer Fünferbande geschrieben« (42). Zwei aus der »Fünferbande« haben den Text entworfen, nämlich Mick Moran und Karel Williams, Kollegen an der *Alliance Manchester Business School*, der eine für Regierungslehre und Public Policy und der andere für Rechnungswe-

sen und Politische Ökonomie zuständig. Die beiden wurden von Julie Froud, Sukhdev Johal und Angelo Salento beraten und von anderen Mitgliedern des »Foundational Economy Collective« (vgl. 41) im Rahmen von Seminaren in Turin, London und Lecce mit Hinweisen und Texten unterstützt. Zudem stand die Forschungsgruppe in Austauschprozessen mit Praktiker!Nnen der »Ökonomie des Alltagslebens« und mit Politiker!Nnen regionaler Parlamente. Ausdrücklich wird in dem Buch die konzeptuell tragende Rolle von Mick Moran gewürdigt, der die Abgabe des Manuskriptes nicht mehr erleben konnte. »Die Ideen, die in diesem Buch eingeflossen sind, wurden kollektiv entwickelt; Kreativität und Reichweite der Argumente verdanken sich der ganzen Gruppe.« (42)

⇒ Aufbau des Buches

Nach dem fulminanten Vorwort zur deutschen Ausgabe von Wolfgang Streeck führt das erste Kapitel »Einleitung: Auf die Fundamente kommt es an« (33–46) die gesellschaftliche Relevanz der für den Alltag der Menschen unverzichtbaren Güter und Dienstleistungen sowie die mit deren Her- und Bereitstellung beschäftigte Ökonomie vor Augen. Die Argumentationsschritte und damit der Aufbau des Buches werden vorgestellt.

Das zweite Kapitel »Die (Wieder-)Entdeckung des Fundamentalen« (47–90) stellt zunächst das Konzept der Fundamentalökonomie vor. Ein quantitativ umfangreicher Bereich von wirtschaftlichen Aktivitäten wird in seinen Besonderheiten sichtbar gemacht und damit »eine Realität ans Tageslicht [gefördert], die sonst oft vergessen wird, wenn wir über das Wirtschaftsleben sprechen« (77). Die Entwicklung dieser besonderen Ökonomie wird in einer »kurze[n] Geschichte der Fundamentalökonomie seit 1850« mit »zwei heroische[n] Aufbau- und Expansionsphasen« sowie einer Phase des »graduellen Niedergangs« skizziert (36).

Das dritte Kapitel »Die Zerstörung der Fundamente« (91–143) beschäftigt sich mit der in der zuletzt genannten Phase betriebenen »Zerschlagung der Fundamentalökonomie« (92). Über Fallbeispiele aus Großbritannien und Italien wird erkundet, warum der »im Geiste des Financial Engineering betriebene [...] Umbau« (92) zu Fehlentwicklungen und Versorgungsdefiziten geführt hat. Argumentationsstrategisch werden mit der Analyse der »Zerschlagung« in Zeiten des finanzierten Kapitalismus – gleichsam in Negation der Negationen – Besonderheiten der Fundamentalökonomie rekonstruiert. Heraus-

gearbeitet wird, dass die unverzichtbaren Güter und Dienstleistungen des Alltags nur bei geringen Renditeerwartungen gut und richtig, deswegen aber von Rendite suchenden Unternehmen nicht gut und richtig hergestellt werden können. Grundlegend für die Fundamentalökonomie sind eben nicht die den Produzenten zufallenden Renditen, sondern das »Wohlergehen« der Nutzer!nnen, mithin »sämtlicher Mitglieder der Gesellschaft« (145).

Von daher muss dieser besondere Teil einer Volkswirtschaft von deren Rechten und Pflichten her begriffen und dann auch gesteuert werden. Diese werden im vierten Kapitel »Die Verfassung der Fundamentalökonomie« (144–181) aufgeklärt. Dazu sucht man die »Verbindung zwischen technischer Politik und politischer Philosophie wiederherzustellen« (146): Die Ansprüche auf die herzustellenden Güter und Dienstleistungen werden – im Rückgriff auf die Arbeiten von Amartya Sen und Martha Nussbaum – als moralische Rechte begründet; und dies in einem streng universalistischen Sinn. Deshalb können und sollten diese Ansprüche »vom Territorialstaat« (162) und vom Staatsbürgerstatus abgekoppelt werden. In der Fundamentalökonomie sind auch diejenigen mit gleichen Rechten zu berücksichtigen, die – weil ohne Staatsbürger!nnenrechte – »über keine Stimme verfügen oder keine Wahlrechte haben« (162). Angebotsseitig sind »immer öfter private Unternehmen für die Bereitstellung fundamentaler Güter und Dienstleistungen verantwortlich« (164). Deswegen müssen diese Unternehmen in die moralischen Verhältnisse der Fundamentalökonomie »eingemeindet« werden: Einzelwirtschaftliche Einrichtungen, die in der Fundamentalökonomie tätig sind, müssen als öffentliche Körperschaften gelten und haben sich wie öffentliche Einrichtungen zu verhalten.

Im letzten und fünften Kapitel »Die Erneuerung der Fundamente« (181–244) werden Orientierungen für eine Politik in Richtung einer »Ökonomie des Alltagslebens« entfaltet: Zunächst wird der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens geprüft. Trotz seines universalistischen Anspruchs würde es den Zugang zu den fundamentalen Gütern und Dienstleistungen, würde vor allem deren Herstellung unter den besonderen Bedingungen einer Fundamentalökonomie nicht sicherstellen können. Politisch sollte man daher weniger auf die Umverteilung von Einkommen setzen, sondern auf eine »Umverteilung, die den universellen Anspruch auf grundlegende Leistungen ausweitet« (202), – und dies in dezentraler Politik und mit *bottom-up*-Lösungen. Der Nationalstaat hat dafür geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, hat etwa für ausreichende Steuereinnahmen zu sor-

gen und die Möglichkeit zu schaffen, die in der Fundamentalökonomie tätigen Unternehmen – auf dem Wege der Lizenzierung – unter öffentliche Kontrolle zu bringen. Politischen Akteuren werden »hybride Allianzen« (225) mit Körperschaften des öffentlichen Rechts, mit lokalen Regierungen und Verwaltungen, auch mit intermediären Organisationen und Unternehmen auf lokaler Ebene sowie »fundamentalökonomische Experimente« empfohlen (235). Am Ende des Buches »graswurzelt« es kräftig.

⇒ Das Konzept der Fundamentalökonomie

Bei der »Ökonomie des Alltagslebens« geht es – den Gegenständen nach – maßgeblich um die Güter und Dienstleistungen, die man in anderen Theoriekontexten mit den Begriffen der Daseinsvorsorge, der öffentlichen Güter oder der Gemeingüter, auch der Infrastruktur anspricht. Während sie in diesen Sprachspielen bereits begrifflich in die Nähe der staatlichen Gewährleistung gerückt werden, weist man sie mit dem Konzept der Fundamentalökonomie zunächst einmal »nur« als einen – dem Umfang nach – relevanten Teil einer Volkswirtschaft aus: Alle in einer Gesellschaft nehmen Tag für Tag notwendigerweise und selbstverständlich zahlreiche Güter und Dienstleistungen in Anspruch. So bezieht eine jede und ein jeder – und dies unabhängig von ihrem/seinem persönlichen Einkommen – Strom aus der Steckdose, benutzt Gas aus der Gas- und Wasser aus der Wasserleitung. Man fährt mit dem Bus zur Arbeit, und den Zug nutzt man für die Dienst- oder Urlaubsreise. Fühlt man sich krank, geht man zur Ärztin oder zum Arzt. In Notfällen ruft man einen Krankenwagen, der Patient!nnen in die Ambulanz eines Krankenhauses bringt. Diese und viele andere Güter und Dienstleistungen sind – »in den Ländern mit hohem Einkommen« (51) – für das Alltagsleben aller fundamental, was aber immer erst dann auffällt, wenn sie ausfallen. »In solchen Fällen müssen Behörden und Politik die Fehler möglichst rasch beheben.« (50f.); zumindest erwarten das die Menschen von ihren Behörden und von der Politik – und sind entsprechend empört, wenn denen die gewohnte Bereitstellung nicht schnell genug gelingt. Weil vor der Covid 19-Pandemie geschrieben, konnte das Autor!nnenkollektiv die staatliche Pandemiebewältigung dafür nicht als Beispiel nehmen. Die für den Alltag unverzichtbaren Güter und Dienstleistungen müssen hergestellt und auf die sie benötigenden Menschen verteilt werden – und dafür sind wirtschaftliche Aktivitäten notwendig, die einen wesentlichen, aber häufig übersehenen Teil der Volkswirtschaften ausmachen. Die Gesamtheit der für den Alltag unverzichtbaren Güter und

Dienstleistungen sowie der zu ihrer Her- und Bereitstellung notwendigen Aktivitäten macht die Fundamentalökonomie aus – und dies erst einmal unabhängig davon, wer diese Aktivitäten wie und unter welchen Bedingungen ausführt (vgl. 64f.).¹

Bei der Fundamentalökonomie hat man es zunächst einmal mit der Versorgung mit Wasser und Strom, mit der Wohnraumversorgung, dem Verkehr und Bankdienstleistungen sowie mit der Lebensmittelversorgung zu tun. Bei all diesen Aktivitäten sind Rohre und Kabel, Versorgungs- und Filialnetze notwendig, um die Haushalte mit den für sie unverzichtbaren Gütern und Dienstleistungen zu versorgen. Diese »materielle Fundamentalökonomie« (65) wird von der »providentiellen Fundamentalökonomie« (66) unterschieden. Das Adjektiv »providentiell« wird in der deutschen Übersetzung auf das englische Verb »to provide with« bzw. »... for« in der Bedeutung von »versorgen mit« und »sorgen für« zurückgeführt. In diesem Bereich der Fundamentalökonomie werden Dienstleistungen in der medizinischen oder pflegerischen Versorgung, der Bildung und der sportlichen Aktivität, aber auch Leistungen des Einkommenstransfers und deswegen auch die Sozialversicherungen gesehen. Eher unter der Hand wird mit dem Adjektiv angedeutet, dass sich »jemand« sorgt und »jemand« die Menschen versorgt. Ausdrücklich wird die besondere Arbeit, die die unmittelbaren ProduzentInnen in diesem Bereich verrichten, allerdings nicht angesprochen. Stattdessen wird dieser zweite Bereich der Fundamentalökonomie vom Staat her konzipiert – und entspricht dem Umfang nach dem Leistungsspektrum des erweiterten Wohlfahrtsstaats. Durch diese Leistungen hat sich der Staat »in eine Quelle des Wohlergehens verwandelt« (66).

So sehr die Unterscheidung der beiden Bereiche einleuchtet, so wenig passt die vom Staat als »Quelle des Wohlergehens« ausgehende Konzeptualisierung des zweiten Bereichs und damit auch dessen Kennzeichnung mit dem Adjektiv »providentiell«. Zumindest hätte man erwartet, dass auch dieser Bereich von den wirtschaftlichen Aktivitäten her begriffen würde, die für die Her- und Bereitstellung der für die alltägliche »Für-« und »Daseinsvorsorge« unverzichtbaren Güter und

(1) Begrifflich wird nicht genau zwischen den Gütern und Dienstleistungen auf der einen sowie den zu deren Her- und Bereitstellung notwendigen Aktivitäten auf der anderen Seite unterschieden. Zunächst besteht die Fundamentalökonomie »aus den für die Wohlfahrt unverzichtbaren Gütern und Dienstleistungen« (64), kurz darauf aus den wirtschaftlichen Aktivitäten ihrer Her- und Bereitstellung und dann aus den Produktionsmitteln, die dafür eingesetzt werden.

Dienstleistungen notwendig sind und dass zur Unterscheidung ein Pedant zu den Rohren und Kabeln, zu den Versorgungs- und Filialnetzen der materiellen Fundamentalökonomie angegeben würde. Dafür hätte das Autor!nnenkollektiv lediglich der Spur von ›to provide with‹ und ›... for‹ folgen und die unmittelbaren Produzenten in den Blick nehmen müssen.²

Neben diesen beiden Bereichen der Fundamentalökonomie identifiziert das Autor!nnenkollektiv eine »übersehene Ökonomie« (75). Dort geht es um die Her- und Bereitstellung von Gütern in den Bereichen »Lifestyle und Komfort« (75), deren Konsum etablierten kulturellen Erwartungen entspricht und in unregelmäßigen Abständen aus dem individuellen Einkommen erfolgt. Im Unterschied zu den Gütern und Dienstleistungen der Fundamentalökonomie werden sie nicht unabhängig vom individuellen Einkommen tagtäglich beansprucht und sind deshalb nicht wie diese unverzichtbar. Allerdings ist die Grenze zwischen der Fundamentalökonomie und der »übersehenen Ökonomie« nicht fix, etwa weil sich Güter und Dienstleistungen in ihrer Bedeutung über die Zeit hinweg ändern (vgl. 76).

Durch den sachlichen Einstieg bei den tagtäglich notwendig und selbstverständlich in Anspruch genommenen Gütern und Dienstleistungen ist das Konzept der Fundamentalökonomie nicht sonderlich präzise und eindeutig. Welche Güter und Dienstleistungen in diesem Sinne für alle fundamental sind und welche wirtschaftlichen Aktivitäten deshalb zur Fundamentalökonomie gehören, wird nicht genau geklärt. Jedenfalls referiert das Autor!nnenkollektiv auf eine größere Menge von Gütern und Dienstleistungen, als dies mit Begriffen wie ›Daseinsvorsorge‹ und ›öffentliche Güter‹ geschieht. Mit der fehlenden Präzision und Eindeutigkeit würde man besser klarkommen, wenn diese im Konzept genauer reflektiert würden. Dann könnte man auf einer abstrakteren Ebene für alle referierten Güter und Dienstleistungen wissen, wieso und in welcher Hinsicht sie über alle Einkommen hinweg als unverzichtbar gelten. Man müsste dazu wissen, mit welchen sozialen Bedeutungszuschreibungen diese Güter und Dienstleistungen versehen werden. Dass unverzichtbare Alltagsgüter mit Bedeutungszuschreibungen zu tun haben, deutet sich u.a. mit

(2) Vgl. dazu etwa Vogel 2015 sowie das Forschungsprojekt am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) »Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen sicherstellen: Ist Arbeit am Gemeinwohl attraktiv?«; <http://www.sofi-goettingen.de/projekte/gesellschaftlich-notwendige-dienstleistungen-sicherstellen-ist-arbeit-am-gemeinwohl-attraktiv-gendis/projektinhalt>.

dem Hinweis auf die variable Grenze zwischen Fundamentalökonomie und »unscheinbarer Ökonomie« sowie in der Referenz auf Länder mit hohem Einkommen an. Deutlicher wird dies dann im vierten Kapitel des Buches, in dem die für den Alltag unverzichtbaren Güter und Dienstleistungen in moralischen Ansprüchen der diese nutzenden Menschen begründet werden. Dabei werden nicht sachlich bereits »fertige« Güter und Dienstleistungen »nachträglich« Menschen zugesprochen. Vielmehr werden über moralische Ansprüche entsprechende Güter und Dienstleistungen in ihrer besonderen Bedeutung als Güter geschaffen. Das Autor!nnenkollektiv nimmt also Bezug auf all diejenigen Güter und Dienstleistungen, die in entwickelten und deshalb reichen Gesellschaften alle Mitglieder einer Gesellschaft in Anspruch nehmen *können* und nehmen können *sollen*, die deshalb so her- und bereitgestellt werden *sollen*, dass sie von allen in Anspruch genommen werden *können*. Versteht man das Konzept der Fundamentalökonomie so, dann nähert man es sowohl dem der Daseinsvorsorge als auch dem der öffentlichen Güter an.

⇒ Geschichte der Fundamentalökonomie

In seiner kurzen Geschichte der Fundamentalökonomie berichtet das Autor!nnenkollektiv von deren Ausdehnung in den entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften: In der ersten, der »heroischen Phase« (81) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wird durch langfristig wirksame Investitionen vor allem die materielle Fundamentalökonomie ausgeweitet. In der zweiten Phase, in den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde durch Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, zumeist »auf die ein oder andere Art mit Steuergeldern finanziert« (86), vor allem die providentielle Fundamentalökonomie ausgedehnt. Durch den Ausbau der Fundamentalökonomie wurde der Alltag für die Menschen in den reichen Ländern komfortabler. Zugleich wurden mehr Güter und Dienstleistungen für die Menschen – über ihre unterschiedlichen Einkommen hinweg – unverzichtbar. Dies betrifft sowohl die Güter und Dienstleistungen »an sich« als auch deren Umfang und Qualität, wie dies am Beispiel der Wohnraumversorgung deutlich wird. Dass die Fundamentalökonomien in den reichen Ländern einen hohen Anteil an den wirtschaftlichen Aktivitäten der Volkswirtschaften haben, macht das Autor!nnenkollektiv am Stand der Beschäftigung sowie an den Ausgaben der Haushalte sichtbar. So entfallen in »sämtlichen Ländern mit hohem Einkommen [...] zwischen einem Drittel und der Hälfte aller Arbeitsplätze auf die materielle Infrastruktur und die providentiellen Aktivitäten« (70).

Hatte der Zentralstaat »in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine konstruktive Rolle beim Aufbau der providentiellen und bei der Verstaatlichung des materiellen Sektors gespielt« (89), wurde er »ab den frühen achtziger Jahren zu einem destruktiven Faktor und ging zu einer Politik der Privatisierung, Auslagerung und der Kürzungen von Leistungen über« (89). Dass in diesem Feld intermediäre Einrichtungen und gemeinnützige Einrichtungen fehlten, war – so das Kollektiv mit Fokus auf Großbritannien – Voraussetzung der Ausweitung der Fundamentalökonomie in der zweiten Phase, aber ebenso Bedingung dafür, dass in der Phase nach 1980 der Staat Leistungen privatisieren und outsourcen konnte, »da diese Leerstelle den politischen Widerstand gegen den Angriff auf die Fundamentalökonomie schwächte« (89).

Auch wenn im Buch von der »Zertrümmerung der Fundamente« (91) oder der »Zerschlagung der Fundamentalökonomie« (92) gesprochen wird, wird für diese Phase ein »im Geiste des Financial Engineering betriebener *Umbau* der Fundamentalökonomie« (vgl. 92 – Herv. eingef.) diagnostiziert. Durch Privatisierung und durch Outsourcing liefern die Staaten die Fundamentalökonomien den Unternehmen und Investoren aus, die den Erfordernissen des Finanzmarktes genügen und in dieser Zeit hohe Renditeerwartungen erfüllen müssen. Sie »können sich nicht [...] mit einer Kapitalrendite von fünf Prozent zufriedengeben, die für Aktionäre von Eisenbahngesellschaften und Besitzer von Staatsanleihen Ende des 19. Jahrhunderts die Norm darstellten, als die materielle Infrastruktur der Fundamentalökonomie errichtet wurde« (94f.). Mit ihren Aktivitäten in der Fundamentalökonomie zielen sie entsprechend auf deutlich höhere Renditen, verfolgen dazu Geschäftsmodelle der »Ausbeutung und Extraktion« (96) und wirken auf die Fundamentalökonomien destruktiv. Als schädlich erweist sich etwa der »Kapitalstreik«, da bei den hohen Renditeerwartungen notwendige Investitionen zumal im Bereich der materiellen Fundamentalökonomie unterlassen wurden. Wegen der Kurzfristlogik dieser Geschäftsmodelle bleiben zudem langfristige Innovationen aus, wodurch die Entwicklung in den Fundamentalökonomien von den gesellschaftlichen Entwicklungen und vom technischen Wandel abgekoppelt wurden. Weil die Unternehmen gegenüber den Territorien und der dort lebenden Bevölkerung prinzipiell illoyal sind, wird bei der Herstellung der fundamentalen Güter und Dienstleistungen auf die Bedarfe »vor Ort« keine Rücksicht genommen. Schließlich sehen die Geschäftsmodelle eine stärkere Ausbeutung der Beschäftigten vor – und dies vor allem in den arbeitsintensiven Bereichen der Fundamen-

talökonomie, in denen die Qualität der hergestellten Güter und Dienstleistungen maßgeblich an den sie erstellenden Beschäftigten hängt. Die »Begutachtung der Schäden« (133) wird man für die Zeiten der Covid 19-Pandemie aktualisieren können, insofern etwa die Bedarfe von den Unternehmen quantitativ und qualitativ nicht adäquat geplant wurden, denen man die gesundheitlichen und pflegerischen Dienste »überlassen« hat.

Die Stärke des Konzepts der Fundamentalökonomie liegt nicht in der den Text durchziehenden Empörung und auch nicht in der inflationären Nutzung von evaluativen Adjektiven und Präfixen. Stark ist das Konzept vielmehr darin, dass die in Aussicht genommene Fundamentalökonomie trotz struktureller Veränderungen zunächst einmal bestehen bleibt – und deshalb die Auswirkungen der strukturellen Veränderung auf die Her- und Bereitstellung konstitutiver Güter und Dienstleistungen umso genauer untersucht werden können. Darüber, dass die destruktiven Wirkungen bestimmter Veränderungen »dingfest« gemacht werden, lassen sich – durch Negation der Negationen – politisch-ökonomische Merkmale einer angemessenen Her- und Bereitstellung konstitutiver Güter und Dienstleistungen und damit der Fundamentalökonomie aufklären. Genau darin liegt – so sieht es zumindest der Rezensent – die Leistung des Buches.

⇒ Die moralische Verfassung der Fundamentalökonomie

Dem eigenen Vorgehen vertraut das Autor!nnenkollektiv allerdings nicht – und bemüht sich deswegen um eine moralische Grundlegung der in der Fundamentalökonomie erstellten konstitutiven Güter und Dienstleistungen. Indem die diese bedürfenden Menschen moralische Ansprüche auf deren Inanspruchnahme haben, werden die Produzenten dieser Güter und Dienstleistungen, darunter auch einzelwirtschaftliche Unternehmen, entsprechend stark verpflichtet. Die Fundamentalökonomie erhält so eine moralische »Verfassung« (144). Dabei greift das Autor!nnenkollektiv den Befähigungsansatz von Amartya Sen und Martha Nussbaum auf. Damit können sie starke moralische, dabei universelle Rechte begründen, können sich gleichwohl für Kontext und Kultur sensibel halten sowie historische Veränderungen berücksichtigen. Universal gültig sollen die moralischen Ansprüche der Nutzer!nnen deshalb »gemacht« werden, damit die in den jeweiligen Territorien sich aufhaltenden Menschen unabhängig von ihrem Staatsbürgerstatus und auch jenseits der Grenzen von Staaten als Anspruchsberechtigte auftreten können. Das Autor!nnenkollektiv distanziert sich ausdrücklich von Thomas H. Marshall und seinem Kon-

zept der sozialen (Staats-)Bürgerrechte. »Die Bereitstellung bestimmter Güter und Dienstleistungen entspringt *einer* Vorstellung vom guten Leben, obwohl dies nur selten so explizit und gehoben formuliert wird.« (156; Herv. i.O.) Auf *dieser* Grundlage werden alle Menschen *gleichermaßen* berechtigt – und zwar in den sozialen Räumen, in denen sich die Fundamentalökonomie jeweils bewegt und gegebenenfalls auch jenseits von Territorialstaaten.

Dem Rezensenten wird *diese* moralische »Verfassung« der Fundamentalökonomien nicht sonderlich plausibel: Indem die für alle Menschen unverzichtbaren Güter und Dienstleistungen eine moralische Grundlegung benötigen, wird die Kontingenz der für den Alltag unverzichtbaren Güter und Dienstleistungen – entgegen dem Anliegen des Autor!nnenkollektivs – verringert. Zudem wird sie in *einer* Vorstellung vom guten Leben begründet, die für plurale Gesellschaften – und zumal in dem intendierten »Jenseits« zu den Nationalstaaten – recht unwahrscheinlich ist. Schließlich löst sich im universalistischen »Jenseits« zu den Nationalstaaten – so die Einschätzung des Rezensenten – die Möglichkeit auf, verringert sich jedenfalls die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen ihre Ansprüche auf die für sie unverzichtbaren Güter und Dienstleistungen jenseits ihrer individuellen Einkommen gegenüber Produzenten mit Verkaufsabsichten durchsetzen können. Nicht nur aus diesem Grund zieht es der Rezensent vor, zunächst einmal die von Menschen in einer politischen Gemeinschaft gleichermaßen beanspruchten Güter und Dienstleistungen ohne eine Vorstellung vom guten Leben zu erheben – und dann damit zu rechnen, dass in den politischen Gemeinschaften zumindest einige dieser Güter und Dienstleistungen aus moralischen Gründen, dann eher aus Gründen der Gerechtigkeit und nicht mit Aussicht auf ein gutes Leben, so konzipiert werden, dass sie mit starken und allgemeinen Ansprüchen darauf versehen werden.

Wenn man von der konkreten Durchführung absieht, ist es plausibel, *dass* die Fundamentalökonomie eine moralische »Verfassung« hat. Weil mit moralischen Ansprüchen ausgestattet, erscheinen die Nutzer!nnen der fundamentalen Güter und Dienstleistungen als zur Nutzung berechtigte Bürger!nnen. Dementsprechend können sie die fundamentalen Güter und Dienstleistungen nicht nur »mit gutem Gewissen« in Anspruch nehmen, sondern können bei deren Auswahl sowie bei der Art ihrer Bereitstellung und Inanspruchnahme »ein Wörtchen mitreden«, zumindest *sollten* sie dies können. Die Mitspracherechte bestehen gegenüber den Produzenten der fundamentalen Güter und Dienstleistungen, auch gegenüber privatwirtschaftlichen

Unternehmen; sie bestehen ebenso gegenüber staatlichen Institutionen, und zwar über die öffentliche Kontrolle der in der Fundamentalökonomie tätigen Unternehmen und gemeinnützigen Einrichtungen.

Ähnlich folgenreich ist die moralische Verfassung der Fundamentalökonomie für die Produzenten: Als Adressaten der moralischen Ansprüche der Nutzer!nnen gehören diese mit zu deren moralischer Gemeinschaft. Entsprechend haben sie sich den Spielregeln und Wertsetzungen dieser Gemeinschaft unterzuordnen. Wird ihnen gestattet, sich an der Herstellung fundamentaler Güter und Dienstleistungen zu beteiligen, werden ihnen zugleich die Bedingungen auferlegt, unter denen sie die Güter und Dienstleistungen herstellen, die von allen Bürger!nnen in Anspruch genommen werden können sollen.

Diesen Grundgedanken baut das Autor!nnenkollektiv besonders für die privatwirtschaftlichen Unternehmen aus: Wer »in der Fundamentalökonomie tätig ist, sollte nicht als private Gesellschaft, sondern als öffentliche Körperschaft gelten – und zwar unabhängig davon, ob es sich um private Konzessionäre, gemeinnützige Betreiber, Genossenschaft etc. handelt. [...] Sind die Einrichtungen, die fundamentalökonomische Leistungen erbringen, erst einmal als öffentliche Körperschaften anerkannt, sollten sie an denselben ethischen Maßstäben gemessen werden wie öffentliche Einrichtungen. Darüber hinaus sollten für einzelne große Anbieter im Rahmen eines Systems der gesellschaftlichen Lizenzierung verbindliche und auf den jeweiligen Bereich abgestimmte Vorgaben festgelegt werden.« (174) Mit dieser Idee der »Unternehmensbürger« (164) verfolgt das Autor!nnenkollektiv eine zur bundesdeutschen Sozialpolitik entgegengesetzte Richtung: Hatte man dort einzelwirtschaftliche Unternehmen mit den gemeinnützigen Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege gleichgestellt und dadurch diese, also die gemeinnützigen Einrichtungen, unter eine betriebswirtschaftliche Logik gezwungen, sollen sich die Unternehmen, die sich in der Fundamentalökonomie engagieren dürfen, *wie* gemeinnützige Einrichtungen verhalten *müssen*.

⇒ Politische Ökonomie des Alltagslebens

Besonders ist die Fundamentalökonomie, weil es in diesem Teil einer Volkswirtschaft um die Her- und Bereitstellung der für alle Menschen unverzichtbaren Güter und Dienstleistungen geht und weil damit alle, unabhängig von ihren Einkommen, auf diesen Teil der Volkswirtschaft angewiesen sind. Auf dieser Grundlage weist das Autor!nnenkollektiv strukturelle Besonderheiten der materiellen und der providentiellen

Fundamentalökonomie aus. Werden diese Besonderheiten bei der Her- und Bereitstellung der fundamentalen Güter und Dienstleistungen missachtet oder verletzt, wirkt sich dies – wie in dem in den 1980er-Jahren begonnenen Umbau – destruktiv auf die Fundamentalökonomie aus.

Im Allgemeinen werden die fundamentalen Güter und Dienstleistungen kollektiv bereitgestellt, wobei die Nutzung von der Struktur der jeweiligen Versorgungsnetze abhängig ist. Diese Netze müssen vorausschauend für eine Zahl *potenzieller* Nutzer!Innen, deswegen aber auf der Grundlage von normativen Überlegungen geplant werden. Für die Herstellung der fundamentalen Güter und Dienstleistungen werden Menschen beschäftigt, deren Arbeitskraft dem internationalen Wettbewerb entzogen ist, deren Arbeitsbedingungen deshalb lokal festgelegt werden können. Während in der providentiellen Fundamentalökonomie ein starker Personaleinsatz notwendig ist, dafür aber nur ein vergleichsweise geringer Investitionsbedarf besteht, sind in der materiellen Fundamentalökonomie hohe, dafür aber langfristige und gelegentlich auch »mehr oder weniger einmalige Investitionen« notwendig (80). Während in der providentiellen Fundamentalökonomie zudem die Kosten für gewöhnlich nicht an die Nutzer!Innen weitergegeben werden (können bzw. dürfen), lassen sich die Kosten der materiellen Fundamentalökonomie – zumindest über lange Zeitstrecken hinweg – wieder »hereinholen«.

Diese und andere Besonderheiten finden sich über den Text hinweg verstreut. Es hätte sich gelohnt, sie in einen systematischen Zusammenhang zu stellen. Bei dem Stand der Ausarbeitung bleiben die Besonderheiten recht unverbunden, deren jeweiliger Status wird nicht geklärt. Aber bereits so wird deutlich, dass in der Fundamentalökonomie mehr als nur Nicht-Ausschließbarkeit und Nicht-Rivalität bestehen (sollen), wie dies für öffentliche Güter üblicherweise behauptet wird. Besonders hervorgehoben wird in diesem Buch, dass die angesprochenen Besonderheiten dazu führen, dass in der Fundamentalökonomie – auch nach hohen Investitionen – nur geringe Renditen möglich, dass aber im Gegenzug die Risiken der Investitionen gering sind.

⇒ Der Staat in der Fundamentalökonomie

Die Rolle, die der Staat in der Fundamentalökonomie spielt, wird in diesem Buch – und darin von der ersten bis zur letzten Seite durchgehend – nicht systematisch aufgeklärt. Dies dürfte damit zu tun ha-

ben, dass die Staaten wesentlich für den Umbau der Fundamentalökonomie ursächlich waren und dass das Autor!nnenkollektiv auch für die Zukunft mit staatlichen Verwaltungen rechnet, die gegenüber der Fundamentalökonomie nicht »wohlmeinend oder kompetent« sind (225). Es »geht [...] von der Einsicht aus, dass öffentliche Politik zur Erneuerung der Fundamentalökonomie zu wichtig ist, als dass man sie allein den von der Verfassung vorgesehenen Regierungsinstitutionen überlassen könnte, die sich gegenwärtig ohnehin in einer (strukturell und ideell) schwachen Position befinden« (225).

Gleichwohl zieht sich durch den gesamten Text die »Staatsbedürftigkeit« der Fundamentalökonomie hindurch, wie sie einst der Staatsrechtler Ernst Forsthoff für die Daseinsvorsorge behauptet hatte (vgl. Vogel 2007). Immer wieder wird angesprochen, dass sowohl die materielle Fundamentalökonomie und die dafür notwendigen langfristigen Investitionen wie auch die providentielle Fundamentalökonomie mit ihren geringen Einnahmemöglichkeiten nur unter staatlicher Aufsicht, unter staatlichem Schutz und mit staatlicher Finanzierung betrieben werden können – und dies selbst dann, wenn der Staat durch Privatisierung und Outsourcing weite Teile der Fundamentalökonomie privatwirtschaftlichen Unternehmen überlassen hat. Selbst dann muss er für die den Unternehmen überlassene Fundamentalökonomie einstehen und zum Beispiel den »Kapitalstreik« oder fehlende Kaufkraft bei den Nutzer!nnen kompensieren. Im Schlusskapitel, in dem das Autor!nnenkollektiv eine Politik der Vitalisierung der Fundamentalökonomie zu orientieren sucht, wird der Staat in den »hybriden Allianzen« (225) auf lokaler und regionaler Ebene versteckt, so dort die Kommunen nicht als Teil des Staates angesprochen werden. Doch auch in diesem Kapitel muss der Zentralstaat ausdrücklich in Anspruch genommen werden, wird von ihm doch u.a. eine ausreichende Finanzierung und dafür ein hinreichend umfangreiches, dabei zugleich ausgleichendes Steueraufkommen gefordert, um die Möglichkeiten der öffentlichen Kontrolle der Fundamentalökonomie sicherstellen zu können.

Eine genauere Vorstellung von der Staatsbedürftigkeit der fundamentalen Güter und Dienstleistungen und – in Korrespondenz dazu – von der staatlichen Verantwortung für deren Gewährleistung würde dem Konzept der Fundamentalökonomie nicht schaden. Würde man dabei auch dem normativen Grund der staatlichen Gewährleistungsverantwortung nachgehen, würde man vermutlich bei so etwas wie den sozialen Bürgerrechten landen, die Marshall als Ansprüche der Bürger!nnen an ihren Staat formuliert hatte. Womöglich würde man

dabei auch entdecken, dass die Bürgerrechte von Marshall keineswegs exklusiv konzipiert wurden (vgl. Rieger 1992). Mit einem stärkeren Staatsbezug könnte man auch das Problem realistischer und ernsthafter diskutieren, dass über die Territorialstaaten die Bedarfe von Menschen als deren Rechte anerkannt und erfüllt werden müssen; realistischer und ernsthafter jedenfalls, als es mit der moralischen Überwindung des Territorialstaates möglich ist, die in diesem Buch projiziert wird.

⇒ Neosozialistische Programmatik

Die Ökonomie des Alltagslebens bietet eine starke Politische Ökonomie eines relevanten Bereichs der Volkswirtschaften zumindest in den reichen Gesellschaften des globalen Nordens. Dabei werden Gegenstandsbereiche zusammengezogen, die in der sozialwissenschaftlichen Analyse bislang zumeist auf unterschiedliche Politikbereiche und in der Folge auf unterschiedliche Sparten der Sozialwissenschaften verteilt werden. Das erscheint dem Rezensenten als inspirierend und produktiv. Auch erweitert diese Politische Ökonomie mit ihrer produktivistischen Orientierung auf die Her- und Bereitstellung der für den Alltag unverzichtbaren Güter und Dienstleistungen die Aufmerksamkeiten der von »öffentlichen Gütern«, der Daseinsvorsorge oder der gesellschaftlichen Infrastruktur herkommenden Analysen. Vor allem aber verschiebt das Buch mit seiner Politischen Ökonomie die für »die Wirtschaft« in den kapitalistischen Gesellschaften zur Verfügung stehenden Deutungsschemata: Ein für die Menschen hochrelevanter und auch quantitativ umfangreicher Bereich der Ökonomie folgt, wie es Wolfgang Streeck in seinem Vorwort schreibt, einem »alltäglichen Kommunismus, der unserem alltäglichen Kapitalismus unterliegt und ihn überhaupt erst ermöglicht« (7). Wohlstand wird in diesem Bereich »durch Anschluss, durch Mitgliedschaft, durch Inklusion« geschaffen (8) – und dies in dem Maße, wie diejenigen, die an diesem Wohlstand teilhaben, »nach Maßgabe gesellschaftlicher Solidarität, auf der Grundlage und als Ausdruck der Anerkennung ihrer Bedürfnisse und Rechte als Mitmenschen« dazugehören (8).

Bringt man die Fundamentalökonomie so auf den Begriff, dann kann sie, so wiederum Wolfgang Streeck, »als Grundlage und Ausgangspunkt einer neosozialistischen Programmatik fungieren, die wieder an reale Produktions- und Reproduktionsprozesse anschließt« (19). Auf diese Pointe fokussiert Wolfgang Streeck in seinem starken Vorwort – und bestimmt damit die Lektüre des Buches. Ein besseres Vorwort kann man sich für dieses Buch nicht vorstellen – oder vielleicht doch:

Das Vorwort weckt konzeptuelle und politisch-programmatische Erwartungen, die das Buch nicht vollumfänglich erfüllen kann. Diese Enttäuschung mindert aber die herausragende Bedeutung von *Die Ökonomie des Alltagslebens* nicht. Vollkommen zu Recht wurde das Buch von der Friedrich-Ebert-Stiftung aus den aktuellen Neuerscheinungen für ihren diesjährigen »Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik« ausgewählt.³

(3) Vgl. <https://www.fes.de/abteilung-wirtschafts-und-sozialpolitik/hans-matthoefer-preis-fuer-wirtschaftspublizistik/preistraeger-2020>.

⇒ Literaturverzeichnis

Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik, Berlin: Suhrkamp.

Reckwitz, Andreas (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin: Suhrkamp.

Rieger, Elmar (1992): T.H. Marshall: Soziologie, gesellschaftliche Entwicklung und die moralische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Marshall, Thomas H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates (hrsg., übersetzt und mit einem Vorwort von Elmar Rieger), Frankfurt/M. u.a.: Campus, 7–32.

Vogel, Berthold (2007): Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft, Hamburg: Hamburger Edition.

Vogel, Berthold (2015): Öffentliche Güter als Bausteine einer lebendigen Demokratie. Perspektiven für ein Forschungsprogramm, in: Mitteilungen aus dem SOFI 9 (22), online verfügbar unter: <http://www.sofi-goettingen.de/de/publikationen/publikationen-detailanzeige/pubnr/1425>.

Matthias Möhring-Hesse, *1961, Prof. Dr., Professor für Theologische Ethik/Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen (matthias.moehring-hesse@uni-tuebingen.de).

Zitationsvorschlag:

Möhring-Hesse, Matthias (2020): Rezension: Die Politische Ökonomie des alltäglichen Kommunismus. Eine Entdeckung für all diejenigen, die es mit öffentlichen Gütern und Daseinsvorsorge zu tun haben. (Ethik und Gesellschaft 2/2020: Frauenfeindlichkeit mit System. Zur Logik der Misogynie in doch-nicht-post-patriarchalen Zeiten). Download unter: [https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2020\)-rez-8](https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2020)-rez-8) (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

2/2020: Frauenfeindlichkeit mit System. Zur Logik der Misogynie in doch-nicht-post-patriarchalen Zeiten

Andrea Geier: Logik und Funktion von Misogynie. Probleme und Perspektiven

Judith Hahn: Die Ordnung des Weiblichen. Zur normativen Struktur und rechtlichen Konkretisierung von Misogynie im Licht von Kate Mannes »Down Girl«

Manuela Wannemacher: Gute Frauen / schlechte Frauen. Ent-Menschlichung durch Subjektivierung

Hildegund Keul: Die Privilegierung von Männern vulnerabilisiert Frauen. Ein verwundbarkeitstheoretischer Blick auf Kate Mannes »Down Girl«

Katharina Zimmermann: Von katholischen Müttern und sozialistischen Traktoristinnen. Der frühe DDR-Katholizismus im Spiegel von Kate Mannes Misogynie-Begriff

Maren Behrensen: Bedrohte Männlichkeit auf einem sterbenden Planeten. Klimawandelleugnung und Misogynie